

Haushaltsrede 2023

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren,

Bevor ich meine Rede halte, möchte ich einige einleitende Worte loswerden. Ich bin nun seit einem Jahr Stadtverordneter und Peter Schröder hat mir bereits bei meinem Eintritt unmissverständlich klar gemacht, dass ich in Bälde auch die Fraktion führen werde, was ich nun auch voller Demut vor dem Amt und auch vor diesem Haus tun werde. Peter Schröder hat denke ich über Parteigrenzen hinweg viel Wertschätzung erlangt, ich möchte diesen kollegialen und konstruktiven Stil fortführen und mich im Vorfeld für die gute Zusammenarbeit mit allen Kolleginnen und Kollegen bedanken.

Ich maße es mir nicht an, eine Rede gespickt mit Zahlen und finanztechnischen Analysen zu verfassen. Das können andere – siehe meine Kolleginnen und Kollegen von der SPD oder der FDP – deutlich besser und gekonnter. Deshalb erlauben Sie mir, den Haushalt und unsere Haltung dazu v.a. politisch zu begründen. Ein paar Zahlen habe ich aber dann doch noch mit reingepackt.

Wir haben uns in der Fraktion lange Gedanken gemacht, wie wir zu dem Haushalt stehen, da besondere Reizthemen, wie z.B. die enormen Aufstockungen im Personalbereich, diesmal fehlen. Dennoch werden wir diesen Haushaltsentwurf ablehnen und das hat dieses Mal mehrere Gründe:

Zunächst müssen wir leider feststellen, dass die Haushaltspolitik der Bequemlichkeit fortgeführt wird. Erneut beenden wir das Haushaltsjahr im Ergebnishaushalt mit einem Fehlbedarf, eine Entwicklung die sich seit Verlassen des Rettungsschirms andeutet. Es ist uns allen bewusst, dass die aktuelle Preisentwicklung sowohl am Energie- als auch am Verbrauchermarkt eine Herausforderung für Kommunen und deren Verantwortliche sind. Jeder einzelne von uns spürt dies beim Einkaufen, beim Tanken oder bei der Gas- und Stromabrechnung. Und gerade deshalb bräuchte es jetzt auf der einen Seite sichtbare haushaltspolitische Zeichen der Konsolidierung und Einsparungen, v.a. von bei den aus unserer Sicht viel zu weit gestiegenen Personalkosten und den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Der Blick auf die Zahlen enthüllt aber aus unserer Sicht ein noch ein viel größeres Problem: Der **Schuldenstand** der Stadt steigt auf knapp 39 Millionen Euro, das ist übrigens ein höherer Schuldenstand als vor dem Schutzschirm, die eben bereits angesprochenen Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen steigen um mehr als 3,5 Millionen Euro, die Personalkosten setzen ihren Steigflug weiter fort und das ganze vor dem Hintergrund sich eigentlich positiv entwickelnder Erträge. Wären also nicht die hohen Einnahmen aus der Gewerbesteuer gewesen, müsste man hier ganz andere Töne anschlagen. Doch dazu noch später. Aber anstatt in diesen wirtschaftlich unsicheren und schwer kalkulierbaren Zeiten die Rücklagen aufzustocken und nicht notwendige Investitionen zu streichen, werden wir bei der aktuellen

Entwicklung erleben, dass unsere Liquiditätsreserven bis 2026 beinahe aufgebraucht sein werden. Ich bin gespannt, wie man das den Wählerinnen und Wählern im Wahljahr dann verkaufen will. Zudem erscheinen die prognostizierten Zahlen für die nächsten Jahre doch sehr optimistisch: Eine Steigerung der Personalkosten um jährlich 3% und eine Steigerung der Sach- und Dienstleistungen um jährlich 1%. Bei einer Inflations- und Zinsentwicklung, die sich weit jenseits dieser Zahlen bewegt. Das ist nicht nur auf Kante genäht, da ist schon kein Stoff mehr! Gerade deshalb sind wir z.B. beim Thema JUZ so zögerlich und finden es unverantwortlich, so ein großes Unterfangen in diesen Zeiten auf Gedeih und Verderb durchzusetzen. Wir sehen doch jetzt beim Neubau der KitA Bethanienstiftung Lessingstraße, wie schnell sich die steigenden Preise auf die Baukosten auswirken. Und nein, mit dieser Haltung torpedieren wir nicht die kommunale Jugendarbeit wie manche hier behaupten. Es wurden kaum ernsthaft andere Alternativen in Betracht gezogen, z.B. den Ausbau dezentraler Anlaufstellen der Jugendarbeit oder mobile und stadtteilorientierte Lösungen. Aber allein die Tatsache, dass wir das von der Koalition favorisierte Objekt vor der Veröffentlichung der Jugendumfrage auf den Weg bringen sollten, zeigt doch, wie wenig man sich hier um die eigentlichen Belange kümmert. Man möchte dieses Prestigeobjekt verwirklichen und dafür können dann auch mal die Fakten nachgereicht werden.

Jeder Wirtschaftspolitiker weiß aber auch, dass man Talsohlen nicht durch einen strikten Sparkurs durchschreitet, sondern dass man gezielt **Investitionen** tätigt. Deshalb müssen wir den jahrelang angestauten Investitionsstau gerade im Verkehrs- und Infrastrukturbereich korrigieren. Beides ist im aktuellen Haushalt aus unserer Sicht nur unzureichend dargestellt.

Aber der Haushaltsplan 2023 ist in unseren Augen auch in anderen Bereichen nicht ausreichend genug, um die Herausforderungen der nächsten Jahre anzugehen. Nehmen wir zum Beispiel das Thema **Wirtschaft**.

Es ist in meinen und ich denke auch in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger nach wie vor ein Skandal, dass ein bestehender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zum Gewerbegebiet nördlich der „Germania“ noch nicht umgesetzt wird. Seit wann in diesem Haus reglementieren Koalitionsverträge, welche demokratisch gefassten Beschlüsse umgesetzt werden oder nicht? Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, haben hier ihre eigenen Prinzipien und politischen Überzeugungen auf dem Altar des sicheren Machterhalts geopfert. Und was uns die Koalition in den letzten 1,5 Jahren an wirtschaftspolitischer Magerkost beschert hat, wäre in jedem Diätatgeber der ungeschlagene Dauerbrenner. In ihrem Koalitionsvertrag ist ihnen das Thema Wirtschaft genau zwei magere Punkte wert. Aber dort bringen sie ihre Politik eigentlich auf den Punkt: „Die Bestandspflege ist die Basis der kommunalen Wirtschaftsförderung“. Besser könnte man die letzten 1,5 Jahre nicht beschreiben. So verwundert es auch nicht, dass im Haushaltsplan 2023 nicht mehr Investitionen in den Erwerb von Grundstücken und Immobilien als 2022 eingeplant sind. Wir haben als FWR im letzten Jahr zweimal versucht, neue Gewerbegebiete durch die Stadt erschließen zu lassen: Beim ersten Mal erfolgte die Ablehnung mit der Begründung, es mache keinen Sinn, spezifische Gebiete zu nennen, das würde den Preis in die Höhe treiben. Als ob ein Interesse der Stadt an diesen Gebieten für die Eigentümer so überraschend wäre. Also nahmen wir uns ein Beispiel und formulierten den zweiten Antrag

allgemeiner: Ablehnungsbegründung diesmal: Das wäre zu unspezifisch, nicht zielführend und der Antragsteller wäre auch mit der Materie überfordert. So sieht doch mal stringente Logik aus. Herr Bgm. Rotter stellte ja auch eine interfraktionelle Absprache über mögliche Gewerbegebiete nach den Sommerferien 2022 in Aussicht. Wir warten immer noch auf eine Einladung. Seien sie doch einfach ehrlich. Die Koalition plant bis 2026 kein einziges neues Gewerbegebiet. Alle jetzt in Bebauung oder Erschließung stehenden Gebiete wurden größtenteils bereits in der letzten Periode beschlossen. Natürlich müssen wir über ein vernünftiges und ausgeglichenes Verhältnis von Gewerbe- und Naturgebieten reden. Kein Mensch hier in Rödermark möchte unsere Grüne Mitte für Betonbunker opfern. Aber wenn wir nicht mutig sind, auch neue Gebiete nutzbar zu machen, dann muss man den Bürgerinnen und Bürgern auch ehrlich sagen, dass die Gewerbesteuererinnahmen in den nächsten Jahren nicht mehr so üppig sprudeln werden, weil wir nicht immer das Glück haben werden, einem Unternehmer in Rödermark Flächen zu Erweiterung anzubieten. Das Beispiels eines Unternehmens, das mit 130 Arbeitsplätzen Rödermark den Rücken gekehrt hat, sollte doch Warnung genug sein. Und wenn die Politik des lockeren Geldausgebens so weiter geht, die Gewerbesteuererinnahmen dies aber irgendwann nicht mehr abfedern können, dann bleibt nur noch ein Schwert, das den Gordischen Knoten dann zerteilt und zwar die Erhöhung der Grundsteuer B. Aber das werden die Bürgerinnen und Bürger nicht noch einmal nur mit Zähneknirschen abtun.

Man verschließt die Augen nach dem Motto: „Weckt uns, wenn alles vorbei ist!“. Warum kann Rödermark zudem nicht Vorreiter im Kreis werden für nachhaltiges und sogar „grünes“ Wachstum? Die Ansiedlung kleinerer Start-Ups, innovativer Unternehmen und frischem Erfindergeist, die zudem auch eine enge Verzahnung mit der Berufsakademie eingehen könnten! Das muss unser Ziel sein. Rödermark kann keinem großflächigen Logistiker Raum bieten, das können andere Kommunen besser. Rödermark darf sich bei der Gewerbesteuer aber auch nicht von einem Unternehmen abhängig machen, das Beispiele „Telenorma“ hat dies doch gezeigt. Wir müssen uns hier einfach breiter aufstellen und Rödermark in dieser Hinsicht auch zukunftsfähiger machen.

Das gilt auch für das Thema Verkehr, das für viele Bürgerinnen und Bürger einen erheblichen Teil ihrer Lebensqualität hier in Rödermark ausmacht: Ganze 3 Kreisel haben uns AL/Die Grüne noch vor der Wahl versprochen, um den Verkehr an der Kipferl-Kreuzung zu entlasten. Stand jetzt werden es Null. Die Anwohner der Rodaustraße oder der Kipferlkreuzung haben doch jetzt sehr eindringlich ihre Nöte und Sorgen dargestellt. Aber man versteckt sich lieber hinter Lärmgutachten oder offiziellen Richtlinien, anstatt die Sorgen einmal ernst zu nehmen. Aber anscheinend gibt es ja nichts Nervigeres und Lästigeres als BürgerInnen und Bürger, die mit Nachdruck auf ihre Sorgen aufmerksam machen. So was stört einfach den Dornröschenschlaf der Koalition. Auch für die Sicherheit der Fahrradfahrer wird unserer Meinung nach viel zu wenig gemacht. In anderen Kommunen sind längst deutliche Sichtstreifen und klare Markierungen für Fahrradwege realisiert. Auch hier bleiben die Investitionen im Haushaltsplan hinter unseren Erwartungen zurück.

Ein Haushalt also, der aus unserer Sicht eine immense Verschuldung beinhaltet, keine klaren Zeichen eines Konsolidierungskurses enthält, sich von Rücklagen ernährt und keine zielgerichteten Investitionen in Verkehr und Gewerbeansiedlung beinhaltet, wird von uns keine Zustimmung erhalten.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch ein paar abschließende Bemerkungen: Die Politik der Bequemlichkeit zieht sich ja jetzt schon seit 1,5 Jahren durch diese Koalition. In den ersten 3 Sitzungen nach der Wahl kam von Seiten der Koalition nicht ein Antrag! Was soll das sein, betreutes

Regieren? Wenn das so weiter geht, dann beantragen wir politisches Pflegegeld! Und wenn von der Opposition missliebige Anträge kommen, dann werden sie eben mit einer 2/3 Mehrheit von Tagesordnung genommen, so geschehen bei 2 unserer Anträge. Oder noch einfacher: Man verändert Anträge in Nuancen, bringt einen Änderungsantrag ein und setzt sich die Lorbeeren auf. Aber bitte, wir helfen gerne beim Regieren.

Wir stehen ungefragt vor enormen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen, die weit über das Jahr 2023 wirken werden. Die Bürgerinnen und Bürger wollen Antworten und Lösungen, welche dieser Haushaltsplan nicht beinhaltet. Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung meine größte Hochachtung entgegenbringen, dieses Zahlenwerk überhaupt realisieren zu können. Sie sind nicht das Ziel meiner Kritik. Das sitzt in weiten Teilen vor mir, weil es die politischen Entscheidungen der Regierenden sein müssten, die dem Haushalt ihren Stempel aufdrücken. Also tun sie uns allen einen Gefallen: Entweder beenden Sie dieses politische Trauerspiel oder fangen Sie endlich an, mutige und nachhaltige Entscheidungen zum Wohle aller Bürgerinnen und Bürger zu treffen. Dabei helfen wir gerne mit!

Vielen Dank